

Sachdokumentation:

Signatur: DS 179

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/179



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

stark + vernetzt

WWW.EUROPAPOLITIK.CH

Für eine konstruktive Schweizer Europapolitik

Es ist die wichtigste politische Frage, die wir in den nächsten Jahren klären müssen: Wie steht die Schweiz zu Europa? Wollen wir die gegenseitigen Beziehungen pflegen und fördern oder ziehen wir uns zurück in die Isolation? Leider verdecken populistische Schlagworte und gezielt geschürte Ängste heute die Sicht auf das Wesentliche: Diese Partnerschaft ist eine Erfolgsgeschichte! Denn nicht zuletzt dank der engen Vernetzung mit ihren Nachbarn ist die Schweiz das geworden, was sie heute ist: so stark, erfolgreich, vielfältig und innovativ wie kaum ein anderes Land. Diesen Weg müssen wir weiterverfolgen. Der Alleingang ist keine Lösung.

Wer exportieren will, braucht Marktzugang: Die internationale Vernetzung zählt zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren für die Schweizer Wirtschaft.

Wir sind eine Exportnation und darum auf stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn angewiesen. Europa ist heute und auf absehbare Zeit der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für die Produkte von Schweizer Unternehmen. Die Bilateralen Verträge ohne Alternative aufs Spiel zu setzen, ist fahrlässig.

Den Wert guter Handelsbeziehungen haben unsere Vorfahren früh erkannt: Schon zur Zeit der Römer haben sie Waren über den Jura und die Alpen transportiert, um ihren Wohlstand zu vergrössern. Heute gibt es unzählige grosse und kleine Schweizer Unternehmen, die ihre Produkte auf allen Kontinenten verkaufen. Die internationale Vernetzung ist zu einem zentralen Element für den wirtschaftlichen Erfolg unseres kleinen Landes geworden. Und die Unternehmen sind darauf angewiesen, dass die Politik mithilft, gute Rahmenbedingungen für diese Beziehungen zu schaffen. Dazu zählen ganz wesentlich die Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union.

Seit dem Inkrafttreten der Bilateralen I im Sommer 2002 hat sich die Schweiz von einem wirtschaftlichen Sorgenkind in einen konstant brummenden Wirtschaftsmotor verwandelt. Sogar die weltweite Finanzkrise konnte diesen nicht ernsthaft ins Stottern bringen. Die Wirtschaftsleistung (BIP) pro Kopf ist gemäss Bundesamt für Statistik von 2002 bis 2014 real um mehr als 10000 Franken gestiegen und zählt zu den allerhöchsten der Welt. Kein Vergleich zu den 1990er-Jahren, die von Stagnation und einer deutlich höheren Arbeitslosenquote geprägt waren.



Wo stehen wir heute?

Die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative hat die Schweiz aufgerüttelt. Sie hat gezeigt, dass unsere Beziehungen zu Europa nicht in Stein gemeisselt sind und wir immer wieder neu entscheiden müssen, wie diese Partnerschaft in Zukunft aussehen soll. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Schweizer Stimmberechtigten schon bald grundlegende Weichen stellen müssen. Ob wir über die Umsetzung einer neuen Zuwanderungspolitik, die Weiterführung der Bilateralen Verträge oder deren Erweiterung abstimmen werden, ist noch völlig offen. Klar aber ist schon heute: Es braucht eine Entscheidung zugunsten einer starken und vernetzten Schweiz. Denn der Alleingang ist keine Lösung.

„Dank ihrer zentralen Lage ist die Schweiz ein attraktiver und erfolgreicher Wirtschaftsstandort – aber nur, wenn sie mit ihren Nachbarn gut vernetzt bleibt.“



ELISABETH SCHNEIDER-SCHNEITER
Nationalrätin CVP, Basel-Landschaft

„Forschung schafft Wissen, den Rohstoff für Wohlstand in der Schweiz. Internationalität, Vernetzung und Offenheit sind Voraussetzungen für den Erfolg der Schweizer Forschung.“



MARTIN VETTERLI
Forschungsratspräsident Schweizerischer Nationalfonds

Die EU ist unser wichtigster Handelspartner – mit grossem Abstand

Mit über 500 Millionen Menschen sind die EU-Staaten der bedeutendste Absatzmarkt für Schweizer Produkte. 2014 haben unsere Unternehmen Waren im Wert von 119 Milliarden Franken in diesen Ländern verkauft – das sind 55 Prozent aller Schweizer Exporte. Sogar nach einzelnen Ländern aufgeschlüsselt sind vier unserer fünf wichtigsten Handelspartner EU-Staaten. Zum Vergleich: China zählt zwar mehr als doppelt so viele Menschen wie der europäische Binnenmarkt und wird für die Schweiz wichtiger. Doch als Exportmarkt ist die Volksrepublik mit Ausfuhren von rund neun Milliarden Franken im Jahr kein Ersatz für den Handel mit unseren Nachbarn.

Wer sich durchsetzen will, muss sich wehren können. Das Völkerrecht ist der beste Schutz für die Interessen der Schweiz.

Schweizer Produkte sind gefragt

Unsere Unternehmen exportierten 2014 Waren im Wert von 119 Milliarden Franken in die EU.



Die Schweiz hat immer wieder bewiesen, dass sie mit mächtigen Nachbarn erfolgreich kooperieren kann. Gerade dank dem Völkerrecht. Denn für einen Kleinstaat bietet dieses die beste Garantie, dass er souverän für seine Interessen eintreten und diese auch durchsetzen kann. Das funktioniert aber nur, wenn wir die Möglichkeit haben, die Einhaltung von Verträgen nötigenfalls vor einem internationalen Gericht einzufordern.

Wir sind zu Recht stolz auf unsere Souveränität und Neutralität. Doch beides ist wenig wert, wenn es nicht international anerkannt und durch das Völkerrecht abgesichert ist. Vor 200 Jahren ist es der Schweiz gelungen, am Wiener Kongress beides zu erreichen. Wenn nationalkonservative Kreise heute im Namen der Souveränität zum Angriff auf das Völkerrecht blasen, ist das ein Schuss in den eigenen Fuss. Ins gleiche Kapitel gehört die seit Jahren geschürte Angst vor «fremden Richtern». Die Anerkennung internationaler Gerichtshöfe bringt zahlreiche Vorteile. Denn wenn es keine Stelle gäbe, wo man gegen die Missachtung von Verträgen und Grundrechten durch andere Staaten klagen könnte, dann hätte die Schweiz kaum eine Möglich-

keit, ihre Interessen durchzusetzen. Auch die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen hat sich für die Schweiz bisher immer bezahlt gemacht. Denn wo der Kleinstaat allein wenig ausrichten kann, können sich die UNO, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der Europarat durchaus Gehör verschaffen. Gerade das Beispiel OSZE zeigt, dass auch ein Kleinstaat wie die Schweiz dank solcher Organisationen viel erreichen kann. Als OSZE-Präsident konnte Bundesrat Didier Burkhalter wichtige Teilerfolge in der Ukraine-Krise erzielen – auf Augenhöhe mit den Grossmächten. Politisch wie wirtschaftlich gilt für unser Land deshalb: Stark ist, wer sich gut vernetzt.

Zuwanderungspolitik: Wer radikal begrenzt, handelt kurzsichtig!

Die Personenfreizügigkeit ist eines der zentralen Abkommen innerhalb der bilateralen Verträge. Dass EU- und Schweizer Bürger in jedem Land arbeiten dürfen, zählt zu den Grundregeln des Binnenmarkts. Das hat dazu geführt, dass die Zuwanderung in die Schweiz in wirtschaftlich guten Jahren stark zugenommen hat. Ein rasches Bevölkerungswachstum weckt jedoch Ängste – und diese wurden am 9. Februar 2014 zum Ausdruck gebracht. Staat und Wirtschaft haben gemerkt, dass sie wieder stärker auf inländische Arbeitskräfte setzen müssen. Damit die Lebensqualität in der Schweiz so hoch bleibt wie heute, sind aber auch Investitionen in die Infrastruktur, Integrationsmassnahmen und eine sinnvolle Raumplanung nötig. Eine radikale Zuwanderungsbeschränkung ist hingegen keine Lösung. Die Schweiz ist auch in Zukunft auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Und ohne Personenfreizügigkeit kann sie von vielen Vorteilen der europäischen Zusammenarbeit nicht mehr profitieren.

Bilateraler Weg: weit über 100 Verträge

Während die Schweiz ihre wirtschaftspolitischen Beziehungen zu Ländern wie Kanada oder China gut über ein Freihandelsabkommen regeln kann, sind die Ansprüche bezüglich Europa viel umfassender. Mit 20 wichtigen bilateralen Abkommen und über 100 weiteren Verträgen hat die Schweiz deshalb ihre enge Partnerschaft mit der EU geregelt. Die wichtigsten dieser Abkommen sind:

Freihandelsabkommen Industrie (1972)	Mit diesem Vertrag wurden Industrieprodukte aus der Schweiz bzw. aus der EU gegenseitig von Zöllen befreit und der Handel mit verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten geregelt.
Bilaterale I (1999)	Die sieben Verträge der Bilateralen I sind miteinander verknüpft: Kündigt man einen, verliert man alle. Das Personenfreizügigkeitsabkommen zählt ebenso dazu wie der Abbau technischer Handelshemmnisse. Firmen dürfen sich ausserdem grenzüberschreitend an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen und die Zusammenarbeit im Land- und Luftverkehr wird geregelt. Ebenso zählt das Forschungsabkommen zu diesem Paket: Es eröffnet der Schweiz den Zugang zu den europäischen Forschungsrahmenprogrammen.
Bilaterale II (2004)	Die Schweiz ist den Abkommen von Schengen und Dublin beigetreten, die das Reisen ohne Passkontrollen in Europa ermöglichen, die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Kooperation im Asylbereich regeln. Zu den Bilateralen II zählen aber auch Abkommen zur Zinsbesteuerung, zur Betrugsbekämpfung und zur Teilnahme an der europäischen Filmförderung.

Wer Innovationsweltmeister sein will, braucht Zugang zu grossen internationalen Forschungsprojekten.

Hochschulen und Forschungsinstitutionen von Weltrang, die international bestens vernetzt sind, tragen wesentlich dazu bei, dass wir heute als Innovationsweltmeister gelten. Die Schweiz darf sich auch hier nicht isolieren, sie braucht die entsprechenden Abkommen mit der EU. Unsere Teilnahme an Programmen wie «Horizon 2020» und «Erasmus+» war bisher immer sehr erfolgreich – und ist jetzt gefährdet.

Die Schweiz fördert keine Bodenschätze und ist auch kein Billigproduktionsland. Unser Kapital für künftigen Wohlstand sind Wissen und Erfindergeist. Heute gilt die Schweiz als innovativstes Land der Welt. Nicht ohne Grund: Wer hier forscht, findet nahezu ideale Voraussetzungen. Sieben Schweizer Hochschulen zählen (gemäss Times-Rangliste) zu den Top-150 der Welt. Grosse Unternehmen haben hier Forschungsabteilungen

aufgebaut. Und besonders wichtig: Unser Land pflegt eine rege Forschungszusammenarbeit mit Institutionen auf der ganzen Welt. Deshalb ist das Forschungsabkommen mit der EU ein wichtiger Baustein der Bilateralen Verträge. Es garantiert den vollen Zugang der Schweiz zu den grossen europäischen Forschungsrahmenprogrammen wie «Horizon 2020». Seit dem Ja zur Masseneinwanderungsiniti-

ative sind diese Möglichkeiten stark eingeschränkt. Die vom Bundesrat ausgehandelte Zwischenlösung dauert nur bis Ende 2016. Und auch für das sehr erfolgreiche Studenten-Austauschprogramm «Erasmus+» gibt es aktuell nur noch ein Provisorium. Rasche Entscheidungen sind nötig. Wollen wir Innovationsweltmeister bleiben, müssen wir weitere Rückschläge unbedingt verhindern.

Wer die Schweiz liebt, sollte sie nicht isolieren. Die Vielfältigkeit unseres Landes ist durch seine Offenheit entstanden.

Die Schweiz vereint erfolgreich verschiedenste Sprachen, Traditionen und Mentalitäten. Gleichzeitig ist sie ein Teil des europäischen Kulturraums und hat diesen immer wieder mitgeprägt. Wir sind Experten im Integrieren und Vernetzen. Das zeigt sich besonders deutlich in manchen Grenzregionen, wo auch auf lokaler Ebene ein reger Austausch stattfindet.

Für Kooperationen über die Grenzen hinweg ist die Schweiz wie gemacht. Denn kaum ein anderes Land vereint auf einer so kleinen Fläche derart viele Kulturen, Sprachen und Dialekte, Lebens- und Denkweisen wie das unsrige. Die Weltoffenheit zeigt sich auch beim Heiraten: Bei mehr als 36 Prozent aller im Jahr 2014 in der Schweiz geschlos-

senen Ehen hatte einer der Partner keinen Schweizer Pass. Vor allem in den grenznahen Gebieten ist man es sich seit Langem gewohnt, mit den ausländischen Nachbarn zusammenzuarbeiten: sei es politisch, wirtschaftlich, kulturell oder über die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen wie Bahnlinien, Schulen und Sportanlagen. Wir haben über die

Jahrhunderte immer wieder Einflüsse von unseren Nachbarn aufgenommen – und umgekehrt. Das hat beide Seiten bereichert und tut es heute mehr denn je. Darum ist es sinnvoller, die Brücken zu unseren Nachbarn zu verstärken, anstatt sie abubrechen. Das ist gelebte Verantwortung, ohne die schweizerische Eigenständigkeit aufzugeben.

Der Alleingang ist keine Lösung!

Die internationale Vernetzung hat die Schweiz stark gemacht: wirtschaftlich, politisch, wissenschaftlich und kulturell. Wir müssen den Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn Sorge tragen. Darum setz auch Du Dich ein für eine konstruktive Europapolitik!

Mitmachen unter:
www.europapolitik.ch